



Bad Schwalbach, den 03.03.2022

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit
Sitzungsnummer	6/XI. Wahlperiode
Datum	Mittwoch, 2. März 2022
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:39 Uhr
Ort	Cafeteria Kreishaus

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Tanja Pfenning	
---------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Frau Petra Müller-Klepper MdL	
-------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Matthias Bremser	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Timo Müller	
Herr Alexander Müller MdB	
Frau Wendy Penk	
Frau Alexandra Unger	
Herr Paul Weimann	

Fraktionsloser Abgeordnete der Partei DIE LINKE

Herr Jasper Klos	
------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Sigrid Hansen	
--------------------	--

entschuldigt

Frau Dr. Jeanette Meixensperger	
---------------------------------	--

Schriftführer

Herr Marco Krähling	
---------------------	--

Verwaltung

Herr Jörg Engelbach	
Frau Andrea Horne	
Frau Liane Schmidt	

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die Ausschussvorsitzende Pfenning, begrüßt die Anwesenden zur 6. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG). Sie stellt fest, dass die Tagesordnung und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen ist und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute wegen des Russischen Einmarsches in die Ukraine.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit vom 01. Dezember 2021

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning werden keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JSG vom 1. Dezember 2021 vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS Sachstandsbericht Hartz IV

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 3. DS Sachstandsbericht Asyl

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es eine Wortmeldung vom Abg. Klos, der bittet darum die Sachstandsberichte Hartz IV und Asyl als Anlage an das Protokoll anzuhängen (**Anlage 1 der Niederschrift**).

Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 4. DS XI/316 Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr.12/21 der CDU
Kreistagsfraktion zu Betreuungsplätzen für Menschen mit
Behinderung vom 16.08.2021**

Ausschussvorsitzende Pfenning äußert sich zum Bericht der Verwaltung. Eine Frage der Ausschussvorsitzenden Pfenning wird von Frau Andrea Horne (FDL II.1) beantwortet.

Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS XI/341 Zukunft DRK Kreisaltenzentrum Bad Schwalbach

Eine Frage der Abg. Müller-Klepper wird von Landrat Killian beantwortet.
Der Abg. Bremser hat eine technische Anmerkung zu den digitalen Unterlagen.

Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS XI/342 Sachstandsbericht Kompetenzzentrum Pflege

An der Aussprache zum TOP beteiligen sich der Abg. Weimann, Herr Landrat Killian und Frau Andrea Horne. Der Abg. Timo Müller macht eine technische Anmerkung zu den digitalen Unterlagen.

Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 7. DS XI/345 Neue Wohnform für Demenzkranke und ihre Partner*innen; hier: Berichts Antrag Nr. 04/22 der faktionslosen Abg. der Partei DIE LINKE vom 07. Februar 2022

Abg. Klos führt den Berichts Antrag in den Ausschuss ein und beantwortet eine Rückfrage von Landrat Kilian.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, ob die KWB die Trägerschaft für ein Projekt in Heidenrod für eine neue Wohnform für Demenzkranke und ihre Partner*innen übernehmen kann und will.

TOP 8. DS XI/354 Nachfragen zur Asylpolitik des RTK; hier: Berichts Antrag Nr. 06/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Abg. Fachinger führt den Berichts Antrag in den Ausschuss ein. An der anschließenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Timo Müller, Weimann und Fachinger.

Stimmverhältnis: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Erfolgt seitens des Rheingau-Taunus-Kreis gegenüber anerkannten Asylbewerbern eine Gewährung von Sonderleistungen anlässlich des Übergangs aus dem Leistungsbezug nach dem AsylbLG in den Leistungsbezug nach dem SGB-II/ALG-II?
2. Falls die unter dem Punkt 1 gestellte Frage zu bejahen ist:
 - a.) Auf welchen Umfang und welche Art an Leistungen beläuft sich diese Sonderleistung?
 - b.) Zu welchem Zweck im Einzelnen wird die betreffende Sonderleistung gewährt?
 - c.) Hat die unter dem Punkt 1 erfragte Sonderleistung eine gesetzliche Grundlage im SGB oder dem AsylbLG oder einem anderen Landes- oder Bundesgesetz, oder wird diese als sog. freiwillige Leistung im Rahmen der Haushaltsplanung des Landkreises und der Kommunen gewährt?
 - d.) Erfolgt die unter dem Punkt 1. erfragte Einmalzahlung lediglich im RTK oder auch in anderen Landkreisen des Landes Hessen?
3. Ist den in der „Gemeinschaftsunterkunft Lochmühle/Niedernhausen“ untergebrachten

Personen vor dem Eintritt der vermehrten Feuerfehlalarme bekannt gewesen, dass die Auflösung dieser Gemeinschaftsunterkunft in Rede steht?

4. Durch welche Handlungen und Vorkommnisse im Einzelnen wurden die Fehlalarme in der Gemeinschaftsunterkunft „Lochmühle/Niedernhausen“ jeweils ausgelöst (bitte nach einzelnen Handlungen und Vorkommnissen unter Nennung ihrer jeweiligen Anzahl gesondert aufschlüsseln)?
5. Aus welchen Gemeinden wurden Ortsfeuerwehren in welcher jeweiligen Anzahl zu den durch die Fehlalarme in der Gemeinschaftsunterkunft „Lochmühle/Niedernhausen“ ausgelösten Alarmfahrten gerufen?
6. Wurde durch die in der Gemeinschaftsunterkunft „Lochmühle/Niedernhausen“ ausgelösten Fehlalarme die uneingeschränkte Bereitschaft zur Wahrnehmung echter Feuerwehreinsätze und damit die Sicherheit von Menschen beeinträchtigt?
7. Sind gegenüber den Personen, welche für die Auslösung der Feuerfehlalarme in der „Gemeinschaftsunterkunft Lochmühle/Niedernhausen“ jeweils verantwortlich waren, disziplinarische, ordnungsrechtliche oder strafrechtliche Konsequenzen verhängt worden, und
 - a.) - falls ja - in wie vielen Fällen und in welcher Form, und
 - b.) - falls nicht - aus welchen Gründen nicht?
8. Wie erklärt es sich, dass die Auflösung der „Gemeinschaftsunterkunft Lochmühle/Niedernhausen“ und die Überführung der dort untergebrachten Personen in andere im RTK gelegene Unterkünfte von Seiten der Kreisverwaltung des RTK als vermeintlich „unausweichliche“ Folge nunmehr durchgeführt worden ist, obwohl infolge des zu erwartenden Migrantenzuzugs in Kürze eine Verknappung sämtlicher Unterbringungskapazitäten zu befürchten steht, und eine verstärkte Konzentrierung asylsuchender Personen in Sammelunterkünften zur Wahrung des sozialen Friedens und zur Eindämmung der Corona-Pandemie nicht geboten sei?
9. Auf welche Höhe belaufen sich die in den einzelnen Flüchtlingsunterkünften pro Bewohner gewährten Tagessätze und wie werden diese Tagessätze ermittelt?

TOP 9. DS XI/355 Auswirkungen der drohenden Impfnachweispflicht; hier: Berichts Antrag Nr. 07/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Abg. Müller-Klepper weist nochmals daraufhin, dass bei Berichts anträgen nicht über den Inhalt abgestimmt wird und auch nicht über etwaige Vorbemerkungen.

Stimmverhältnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

10. Ist es wegen des verlangten Impfnachweises gegen Covid-19 in den betroffenen Einrichtungen und Praxen im Landkreis schon zu Kündigungen gekommen oder haben sich Mitarbeiter dahingehend geäußert?

11. Ist es durch Mitarbeiter im Gesundheitswesen aus besagten Gründen bereits zu Arbeitssuchend-Meldungen im Landkreis gekommen?
12. Liegen der Agentur für Arbeit ausreichend Bewerbungen von qualifizierten Kräften der Gesundheitsbranche vor, um Ausfälle durch den Vollzug des Infektionsschutzgesetzes ausgleichen zu können?
13. Gibt es Anfragen aus den betroffenen Einrichtungen oder von betroffenen Mitarbeitern an das Gesundheitsamt bezüglich der Regelungen ab dem 15. März 2022? Welche Fragen werden häufig gestellt und wie bescheidet das Gesundheitsamt diese?
14. Hat das Gesundheitsamt schon eigenständig Kontakt mit betroffenen Einrichtungen und Praxen aufgenommen und sich über die Lage dort informiert?
15. Beim Betretungsverbot bzw. dem Verbot tätig zu werden gem. § 20a Abs. 5 Satz 3 IfSG handelt es sich um eine Kann-Bestimmung. Wie wird das Gesundheitsamt bei Mitarbeitern entscheiden, die keinen Nachweis erbringen bzw. die Impfung ablehnen? Wird generell ein Betretungsverbot erlassen, oder wird man die Einrichtungen unterschiedlich behandeln?
16. Nach welchen konkreten Kriterien wird über die Verhängung eines Betretungsverbotes entschieden?
17. Hat das Gesundheitsamt einen Notfallplan für den Fall, dass ein relevanter Teil der Mitarbeiter in den genannten Einrichtungen ausfällt und die Gesundheitsversorgung deshalb nicht mehr gewährleistet ist?
18. Wer ist dann verantwortlich für Personenschäden z. B. durch mangelnde Betreuung oder medizinische Versorgung in den betroffenen Einrichtungen als Folge der Anwendung des Infektionsschutzgesetzes?

TOP 10. DS XI/356 Kinderpsychotherapie-/Kinderpsychiatrie-Mangel im RTK; hier: Berichtsantrag Nr. 08/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum Berichtsantrag.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie viele Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapeutische, sowie psychiatrische Angebote für Kinder und Jugendliche gibt es im Rheingau-Taunus-Kreis?
2. Wie viele dieser Therapeuten mit der oben angegebenen Spezialisierung für Kinder und Jugendliche sind a) in Krankenhäusern oder b) außerhalb von Praxen im Angestelltenverhältnis ohne Praxis tätig?

3. Sieht der Kreis eine Unterversorgung für Kinder-/Jugend-Therapieangebote in Gebieten des Kreises?
4. Wurden besondere Maßnahmen für die sogenannten vulnerablen Gruppen getroffen und welche sind das?
5. Welche Maßnahmen hat der Kreis getroffen, hat es Sonderbedarfszulassungen auf Grund des erhöhten Bedarfs an Therapeuten, Psychologen und Psychiatern, spezialisiert für Kinder und Jugendliche im Kreis gegeben?
6. Nimmt der Kreis am "Aktionsprogramm Aufholen nach Corona" des Bundes teil?

TOP 11. DS XI/357 Diebstahl und Weiterverkauf von Impfbzertifikaten durch Sicherheitskräfte des Impfzentrums Eltville; hier: Berichtsanzrag Nr. 09/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Abg. Fachinger führt den Berichtsanzrag in das Gremium ein. An der anschließenden Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian und Abg. Fachinger.

Stimmverhältnis: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Wie erklärt es sich nach Kenntnis der Verwaltung, dass die Firma „Ecolog“ mit dem Betrieb des Impfzentrums Eltville betraut worden ist, obwohl diese Firma bereits in der Vergangenheit wegen massiver Mängel in ihrer Leistungserbringung im Allgemeinen, wie auch im Rahmen des vorherigen Betriebes von Corona-Impf-/Testzentren im Besonderen in die Kritik geraten war?

2. Ist die von Seiten des Landrats Kilian getätigte Aussage, der zufolge es sich bei den vier tatverdächtigen Sicherheitspersonen nicht um Angehörige der Firma „Ecolog“ handeln soll, zutreffend?

3. Falls die unter Punkt 2 gestellte Frage zu bejahen ist:

a.) Welchem Sicherheitsunternehmen gehören die tatverdächtigen Personen an?

b.) Erfolgte die Beauftragung des Sicherheitsunternehmens auf Vermittlung der Firma „Ecolog“?

c.) Nach welchen Kriterien und in welchem Verfahren erfolgte die Auswahl des Sicherheitsunternehmens und die entsprechende Auftragsvergabe?

d.) Wie ist bzw. war das rechtliche und organisatorische Verhältnis bezüglich der Bewachung des Impfzentrums Eltville zwischen diesem Sicherheitsunternehmen mitsamt den tatverdächtigen Personen, der Stadt Eltville und dem Rheingau-TaunusKreis, sowie der Firma „Ecolog“ im Einzelnen ausgestaltet?

4. Verfügen die tatverdächtigen Sicherheitsleute über die für Tätigkeiten im Sicherheitsgewerbe und die Bewachung des Impfzentrums erforderlichen Qualifikationen und

Zertifikate?

5. Falls die unter dem Punkt 4 gestellte Frage zu bejahen ist: Inwieweit droht den betroffenen Personen eine Aberkennung ihrer Qualifikation/Zertifikate im Fall einer Strafverurteilung wegen der in Rede stehenden Vorkommnisse?

6. Sind die tatverdächtigen Personen nach Kenntnis der Verwaltung bereits zuvor polizeilich in Erscheinung getreten oder bereits vorbestraft, und - falls ja - in wie vielen Fällen, wegen welcher jeweiligen Delikte und zu welchem jeweiligen Strafmaß (bitte nach einzelnen Personen jeweils gesondert aufschlüsseln)?

7. Falls bzgl. einzelner oder aller vier Tatverdächtigen die unter dem Punkt 4 gestellte Frage zu verneinen ist und/oder die unter Punkt 6 gestellte Frage zu bejahen ist: Wie kommt es, dass die betreffenden Personen in Ermangelung der erforderlichen Qualifikation/Zertifikate bzw. trotz der vorangegangenen Straftatbegehungen mit der Bewachung des Impfzentrums Eltville haben betraut werden können?

8. Auf welche Handlungen/Vorgänge belaufen sich nach Kenntnis der Verwaltung die mutmaßlichen Tatbeiträge der drei Personen, die nebst den beiden 32jährigen Hauptverdächtigen als Tatverdächtige geführt werden?

9. Deutet die Tatsache, dass die Stempel mit dem Siegel des Impfzentrums, mit deren Abdruck die entwendeten Impfcertifikate versehen waren, innerhalb des Impfzentrums zugriffssicher in einem Tresor aufbewahrt, dort aber „nicht vermisst“ worden sein sollen, darauf hin, dass die Impfcertifikate am Ort des Impfzentrums selbst und unter Mitwirkung einer für die Verwahrung der Stempel zuständigen Person abgestempelt worden sind?

10. Falls die unter dem Punkt 9 gestellte Frage zu verneinen ist: Erfolgte die Anbringung des Siegels des Impfzentrums durch die Nachbildung eines Stempels mit diesem Siegel und - falls ja - wie, wenn die betreffenden Stempel doch innerhalb des Impfzentrums zugriffssicher in einem Tresor aufbewahrt, und dort „nicht vermisst“ worden sein sollen?

11. Wer zeichnet innerhalb des Impfzentrums Eltville für die Aufbewahrung der Stempel verantwortlich?

12. Falls die unter dem Punkt 9 gestellte Frage zu bejahen ist: Gehört die Person, unter deren Mitwirkung die Abstempelung der Blanko-Impfausweise erfolgt ist oder sein könnte, zu den als Tatverdächtigen geführten Personen?

13. Handelt es sich bei der unter Punkt 11 erfragten Person um einen der vier Tatverdächtigen?

14. Waren die übrigen vier tatverdächtigen Personen nebst dem 28jährigen Betreiber der von der Drogenrazzia betroffenen Shisha-Bar nach Kenntnis der Verwaltung auch in jene Verstöße gegen das BtMG involviert, welche den Anlass zur Durchführung dieser Drogenrazzia gegeben hatten?

15. Welche Staatsangehörigkeit haben die tatverdächtigen Personen jeweils inne?

16. Bzgl. der unter dem Punkt 15 gestellten Frage -falls die Tatverdächtigen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollten: Haben die tatverdächtigen Personen einen Migrationshintergrund und - falls ja - aus welchen Herkunftsländern?

17. In wie vielen Fällen ist nach Kenntnis der Verwaltung eine tatsächliche Weiterveräußerung der zuvor anhand der aus dem Impfzentrum Eltville entwendeten Blanko-Impfnachweise und

Aufkleber mit Chargen-Nummern gefälschten Impfbzertifikate erfolgt?

18. In wie vielen der unter dem Punkt 17 erfragten Fälle sind die Empfänger der gefälschten Impfbzertifikate bereits ermittelt worden?

19. Auf welchen Betrag beläuft sich der mutmaßliche Gewinn, welchen die Täter aus der Veräußerung der gefälschten Impfbzertifikate erzielt haben?

20. Gehen die Ermittlungsbehörden bezüglich der in Rede stehenden Vorfälle von einer bandenmäßigen Planung/Organisation aus und - falls ja - aufgrund welcher Sachverhaltsmerkmale im Einzelnen?

21. Falls die unter dem Punkt 20 gestellte Frage zu verneinen ist: Wie interpretierten die Ermittlungsbehörden die Nutzung einer Shisha-Bar als „Verkaufsraum“ von gefälschten Unterlagen, wenn eine bandenmäßige Planung/Organisation doch angeblich nicht vorliegen soll?

22. Wurden im Zuge der in der Shisha-Bar in Rüdeshelm a. Rh. durchgeführten Drogenrazzia auch Waffen, Drogen, oder sonstige verbotene Gegenstände gefunden (bitte aufführen nach Art des Fundes, sowie nach jeweiliger Menge und Straßenwert gesondert aufschlüsseln)?

23. Sind im Zuge der betreffenden Razzia weitere Festnahmen von Verdächtigen in Bezug auf andere aufgefundene Gegenstände oder Straftatbegehungen erfolgt (bitte nach jeweiligem Tatverdacht, Anzahl, Geschlecht und Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund der betreffenden Personen gesondert aufschlüsseln)?

24. Sind wegen der unter Punkt 22 und 23 erfragten Auffindung von Gegenständen, Festnahmen erfolgt bzw. Strafverfahren anhängig?

25. Ist die von Seiten des Landrat Kilian geäußerte Auffassung, wonach man die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsunternehmen nicht beenden möchte, mittlerweile revidiert worden und - falls nicht - aus welchen Gründe nicht?

26. Sind die tatverdächtigen Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens inzwischen von ihrem Dienst suspendiert worden und - falls nicht - aus welchem Grund nicht?

27. Wurden die tatverdächtigen Personen in Untersuchungshaft genommen?

28. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden von Seiten der Verwaltung der Stadt Eltville und des Rheingau-Taunus-Kreises umgesetzt, um eine Entwendung von Blankimpfausweisen sowie Aufklebern mit Chargen-Nummern aus dem Impfbzentren fortan zu unterbinden?

29. Ist fortan beabsichtigt, die an Impfbzentren gelieferte Menge an Aufklebern mit ChargenNummern an die Anzahl der gelieferten Impfdosen anzupassen, um eine Entwendung überzähliger und somit nicht mehr gebrauchter Aufkleber mit Chargen-Nummern zu unterbinden?

30. Sind seitens der Verwaltung weitere Fälle im Rheingau-Taunus-Kreis bekannt, bei denen Mitarbeiter und Sicherheitsleute von Impfb-/Testzentren Impfnachweise, Chargenaufkleber, gefälschte Testnachweise usw. entwendet bzw. ausgestellt haben (bitte nach den betreffenden Impfb-/Testzentrum und jeweiliger Anzahl der entwendeten Gegenstände gesondert aufschlüsseln)?

31. Wie erklärt es sich nach Auffassung der Verwaltung, dass die in Rede stehenden Vorkommnisse erst Ende Januar publik geworden sind, obwohl sich diese bereits im Oktober

2021 ereignet haben?

32. Anhand welcher Maßnahmen beabsichtigen der Verwaltung der Stadt Eltville und des Rheingau-Taunus-Kreises dem zunehmenden Aufkommen krimineller Handlungen in Shisha-Bars Einhalt zu gebieten?

TOP 12. DS XI/358 Therapeutenmangel im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 10/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Eine Nachfrage der Abg. Hansen wird von Abg. Fachinger beantwortet.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie viele Praxen der Logopädie, Ergotherapie und Physiotherapie praktizieren im Rheingau-Taunus-Kreis? (Bitte aufschlüsseln über die 17 Gemeinden und aufschlüsseln ob verfügbar für gesetzlich Versicherte oder reine Privat-Praxen)
2. Wie viele Therapeuten der oben genannten Berufe praktizieren im Rheingau-Taunus-Kreis (inklusive der Praxisinhaber)? (Bitte ebenso aufschlüsseln über die 17 Gemeinden des Landkreises)
3. Wie viele Therapeuten der oben genannten Berufe sind in den Krankenhäusern und sonst außerhalb von Praxen im Angestelltenverhältnis ohne eigene Praxis tätig?
4. In welchen Regionen des Landkreises sieht die Kreisverwaltung eine stationäre Unterversorgung mit den o.g. Therapieleistungen?
5. In welchen Regionen des Landkreises sieht die Kreisverwaltung eine Unterversorgung mit den o.g. Therapieleistungen im Bereich der Hausbesuche?
6. Hält die Kreisverwaltung die gesetzliche Hausbesuchspauschale für ausreichend, um behinderten und in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen Hausbesuche mit therapeutischen Leistungen -besonders in entlegenen Gebieten des Kreises- zu ermöglichen?
7. Welche Maßnahmen hält die Kreisverwaltung für geeignet, die Ansiedelung von Therapiepraxen im Landkreis zu fördern und die Attraktivität der Ausübung von Therapieberufen im Landkreis zu steigern?
8. Welche Maßnahmen hält die Kreisverwaltung im Allgemeinen für denkbar, um einer möglichen strukturellen Unterversorgung von therapeutischen Leistungen in bestimmten Regionen entgegenzusteuern?

TOP 13. DS XI/360 Betreuungsplätze für Kinder in Gemeinschaftsunterkünften; hier: Berichts Antrag Nr. 12/22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01. Februar 2022, eingegangen am 09. Februar 2022

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum Berichts Antrag.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. In welchen Städten und Gemeinden betreibt der Rheingau-Taunus-Kreis Gemeinschaftsunterkünfte? Die folgenden Fragen beziehen sich auf diese Städte und Gemeinden.
2. Wie viele Kinder mit Anspruch auf einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung sind in diesen Städten und Gemeinden wohnhaft gemeldet? Bitte nach Städten und Gemeinden aufschlüsseln.
3. Wie viele Kinder mit Anspruch auf einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung wohnen in Gemeinschaftsunterkünften des Rheingau-Taunus-Kreises? Bitte nach Städten und Gemeinden aufschlüsseln.
4. Wie viele Kinder werden in diesen Städten und Gemeinden in Kinderbetreuungseinrichtungen betreut? Bitte nach Städten und Gemeinden sowie nach Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften / nicht aus Gemeinschaftsunterkünften aufschlüsseln.
5. Wie viele Kinder werden in diesen Städten und Gemeinden von Tagespflegepersonen betreut? Bitte nach Städten und Gemeinden sowie nach Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften / nicht aus Gemeinschaftsunterkünften aufschlüsseln.
6. Wie viele Kinder werden in diesen Städten und Gemeinden nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung und nicht durch Tagespflegepersonen betreut? Bitte nach Städten und Gemeinden sowie nach Kindern aus Gemeinschaftsunterkünften / nicht aus Gemeinschaftsunterkünften aufschlüsseln.
7. Wie viele Kinder aus Gemeinschaftsunterkünften, die nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder durch Tagespflegepersonen betreut werden, wurden zur Betreuung angemeldet? Bitte nach Städten und Gemeinden aufschlüsseln.
8. Wie viele freie Plätze stehen in diesen Städten und Gemeinden in Kinderbetreuungseinrichtungen oder bei Tagespflegepersonen zur Verfügung? Bitte nach Städten und Gemeinden aufschlüsseln.

Bitte beziehen Sie alle Angaben auf einheitliche oder möglichst nah beieinander liegende Stichtage.

TOP 14. DS XI/363 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichtsantrag Nr. 15/22 der FDP-Fraktion vom 09. Februar 2022

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt es keine Wortmeldungen zum Berichtsantrag.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Wie haben sich die monatlichen Zuweisungszahlen für den RTK seit Januar 2021 entwickelt?
2. Wie ist die diesbezügliche Prognose für das Jahr 2022?
3. Wie stellt sich die momentane Auslastung bei den Unterkünften dar?
4. Welche Kapazitäten stehen noch für eine mögliche Unterbringung zur Verfügung?
5. Sind bereits Vorkehrungen für die zusätzliche Anmietung von Unterbringungsmöglichkeiten getroffen worden? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht?

TOP 15. DS XI/317 Neufassung Satzung Jugendbildungswerk

An der Aussprache zum TOP beteiligen sich Abg. Alexander Müller, Landrat Kilian, Herr Engelbach (JHP) und die Ausschussvorsitzende Pfenning.

Landrat Kilian teilt mit das im Kreisausschuss beschlossen wurde, im § 2 der Satzung der Klammerzusatz „Gender-Mainstreaming“ zu streichen.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: Der Ausschuss **beschließt** die Vorlage, in der vom KA beschlossenen Form, **einstimmig**.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die anliegende Satzung des Jugendbildungswerks. Diese ersetzt die Satzung vom 8. September 2008.

TOP 16. DS XI/279 Mehr bezahlbaren Wohnraum im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Gemeinsamer Antrag Nr. 42/21 der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die fraktionslosen Abg. der Partei DIE LINKE vom 02. November 2021 eingegangen am 17. November 2021

Ausschussvorsitzende Pfennig führt aus das über diesen Antrag bereits beschlossen wurde und im Kreistag an den HFWD überwiesen worden ist.

An der Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian, Abg. Alexander Müller, Weimann und Penk.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 17. DS XI/333 Hebammenversorgung sicherstellen; hier: Antrag Nr. 01/22 der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2022

Abg. Müller-Klepper führt den Antrag ein. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Penk, Klos, Alexander Müller, Ausschussvorsitzende Pfennig, Landrat Kilian, Abg. Weimann, Timo Müller und Müller-Klepper.

Abg. Fachinger beantragt getrennte Abstimmung.

Abstimmung zu Punkt 1:

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Abstimmung Punkt 2 mit der Verheiratung des Antrags der Partei Die Linke (**Anlage 2 der Niederschrift**) und dem Zusatz einer Erarbeitung einer Förderrichtlinie.

Stimmverhältnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Abstimmung Punkt 3:

Stimmverhältnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Versorgungssituation mit Hebammen im Rheingau-Taunus zu erheben.

2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen im Rheingau-Taunus zu erarbeiten, das die folgenden Punkte umfasst:

- Einmalzuschuss in Höhe von 100€ für jedes betreute Neugeborene

- Zuschuss für die Betreuung im Wochenbett inkl. Kilometergeld
- Förderung der beruflichen Weiterbildung
- Mentoring-Programm für Berufseinsteiger bzw. beim Wiedereinstieg
- Zuschuss bei Neuansiedlung im Kreisgebiet

Der Kreisausschuss wird beauftragt mit den Sprecherinnen der Hebammen im RTK und mit einer Sprecherin des Geburtshauses in Idstein ein Konzept zur Sicherstellung der Hebammenversorgung zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine entsprechende Förderrichtlinie zu erarbeiten und die notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt 2023 einzuplanen.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den im Kreis ansässigen Hebammen eine Online-Schwangerschaftsunterstützung zu entwickeln (bspw. mit dem Pilotprojekt HEDI).

TOP 18. DS XI/334 Hospizplätze im Rheingau-Taunus; hier: Antrag Nr. 02/22 der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2022

Abg. Müller-Klepper führt den Berichtsantrag ein. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Penk, Müller-Klepper, Timo Müller, Landrat Kilian und Abg. Weimann.

Stimmverhältnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie sich der aktuelle Bedarf an Hospizplätzen im Rheingau-Taunus-Kreis darstellt (bitte nach Kreisteilen untergliedert).
2. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob und wie weitere Hospizplätze im Rheingau-Taunus geschaffen werden können.

TOP 19. DS XI/338 Kostenlose Hygieneartikel an weiterführenden Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises; hier: Antrag Nr. 05/22 der SPD-Fraktion vom 11. Januar 2022, eingegangen am 1. Februar 2022

Abg. Penk führt den Antrag ein ins Gremium ein. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Klos, Müller-Klepper, Alexander Müller, Hansen, Penk, Timo Müller und Landrat Kilian.

Abstimmung über den Ursprungsantrag der SPD-Fraktion

Stimmverhältnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion und der Partei Die Linke (**Anlage 3 der Niederschrift**):

Stimmverhältnis: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Über den Gegenantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 4 der Niederschrift**) wurde nicht mehr abgestimmt, da der Antrag der SPD-Fraktion bereits mehrheitlich beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, ein Konzept auszuarbeiten, um möglichst niederschwellig kostenlose Hygieneartikel an weiterführenden Schulen des Rheingau-Taunus-Kreises anzubieten.

Hierbei sollen diese Hygieneartikel (Damenbinden und Tampons) an je einer Schule im Rheingau, im Untertaunus und im Idsteiner Land in den Damentoiletten zur Verfügung gestellt werden. In drei weiteren Schulen in den Kreisteilen sollen die Hygieneartikel in den Schulsekretariaten kostenlos erhältlich sein.

Die Erkenntnisse aus diesem Pilotversuch und das ausgearbeitete Konzept sollen nach sechs Monaten dem Ausschuss Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG) vorgelegt werden.

Zusätzlich zu den weiterführenden Schulen wird ein Pilotversuch zum niedrigschwelligen Angebot kostenloser Menstruationsprodukte um jeweils eine Geflüchtetenunterkunft im Rheingau, im Untertaunus und im Idsteiner Land initiiert.

Auch hier sollen die Erkenntnisse und Ergebnisse dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG) nach sechs Monaten vorgelegt werden.

Kostenlos angeboten werden sollten mindestens Binden und Tampons in unterschiedlichen Größen

TOP 20. DS XI/353 Aussetzung der "einrichtungsbezogenen Impfpflicht"; hier: Antrag 10/22 der AfD-Fraktion vom 09. Februar 2022

Abg. Fachinger führt den Antrag ein. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Timo Müller, Alexander Müller, Landrat Kilian, Abg. Klos, Weimann und Hansen.

Stimmverhältnis: 1 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Pfenning gibt Landrat Kilian noch einige Informationen an das Gremium.

Landrat Kilian berichtet über die Entwicklung der Impfstationen und mobilen Impfungen im Rheingau-Taunus-Kreis, das Angebot wird in verminderter Form weiter aufrechterhalten.

Der Landkreis hat von der hälftigen Förderung des Landes für Testangeboten in Kindertagesstätten die größten Kontingente abgerufen, es stehen jedoch weiterhin Mittel aus der Zuweisung des Landes bereit. Der Beschluss die andere Hälfte aus Kreismitteln zu tragen hat sehr dazu beigetragen.

Der Krisenstab Corona wird sich zukünftig ebenfalls mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine befassen. In diesem Zusammenhang erläutert Landrat Kilian, dass in diesem Zusammenhang vermehrt Unterkünfte im Kreisgebiet zur Unterbringung gesucht werden.

Im Landkreis finden weiterhin Mahnwachen wegen des Ukrainekriegs statt, diese Mahnwachen sind friedlich verlaufen und stellen auch ein eindeutiges Zeichen dar.

Eine Frage des Abg. Bremser ob abgelaufener Impfstoff zurückgegeben oder entsorgt werden musste, antwortet Landrat Kilian, dass dies in den Impfstationen des Kreises nicht vorgekommen ist und ggf. Impfstoff weitergereicht werden konnte.

Die Ausschussvorsitzende Pfenning dankt den Anwesenden, wünscht eine gute Heimreise und schließt die Sitzung um 17:39 Uhr.

Bad Schwalbach, 3. März 2022

(Tanja Pfenning)
Ausschussvorsitzende

(Marco Krähling)
Schriftführer